

## AUF DER WIPPE

### Familien mit niedrigem Einkommen balancieren mit erhöhtem Risiko

von **Eva M. Welskop-Deffaa, Präsidentin des Deutschen Caritasverbandes**

Der Beitrag stammt aus der Ausgabe der Zeitschrift „Die Politische Meinung“ Nr. 575 - Juli/August 2022. Die Ausgabe beschäftigt sich mit dem Thema Inflation und ist unter dem Titel "Preise - Wenn es teurer wird" erschienen. Weitere Beiträge finden Sie hier.

<https://www.kas.de/de/web/die-politische-meinung/home>

Manchmal ist Mathematik der kürzeste Weg zur Sozialpolitik. Man benötigt nur Grundkenntnisse in den Grundrechenarten, um die unterschiedlichen Effekte der Steigerung nachzuvollziehen, je nachdem, ob der Ausgabenanteil für Grundbedürfnisse am Einkommen des Haushalts bislang dreißig, fünfzig oder siebzig Prozent ausmacht.<sup>1</sup> Ökonomisch lässt sich Armut als Relation von verfügbarem Einkommen zu existenznotwendigen Gütern und deren Preis beschreiben. Wer seit jeher nur Sonderangebote im Supermarkt kauft, um mit dem Familieneinkommen bis zum Monatsende auszukommen, hat nicht mehr viele Möglichkeiten, um die Preissprünge zu kompensieren, die sich aktuell bei den Grundnahrungsmitteln, beim Sprit und bei Mieten in der amtlichen Statistik abbilden: Allein im April 2022 lag das Plus bei den Nahrungsmittelpreisen bei fast neun, bei den Energiepreisen bei 35 Prozent.

In die Schuldnerberatungsstellen der Caritas kommen immer mehr von einer Stromsperre bedrohte Frauen und Männer, weil sie Energieschulden haben auflaufen lassen. In den Tafeln sind die Lebensmittelregale mittags leer, weil immer mehr Menschen morgens vor den Läden Schlange stehen. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter unserer Caritas-Sozialberatung wissen, wie sich die Preisschilder der Gemüsetheke in Albträume verwandeln können. „Stellen Sie sich vor“, sagte mir letztes ein Schuldnerberater, „Sie sind auf einer Wippe auf dem Spielplatz. Sie sitzen nicht am einen oder anderen Ende, sondern stehen in der Mitte und balancieren das Gleichgewicht beider Enden aus. Genau so geht es den Familien, deren Einkommen kurz über dem Hartz-IV-Satz liegt und die jetzt gucken müssen, wie sie die verfügbaren Mittel zwischen gesundem Essen für die Kinder und den Kosten für die Fahrt zur Arbeit austarieren.“ Er selbst habe das mit der Wippe als Halbstarker immer wieder ausprobiert. „Um das Gleichgewicht zu halten, muss man viel Energie investieren. Die Muskeln des ganzen Körpers werden beansprucht, es braucht ausgestreckte Arme und eine starke Anspannung. Wenn man das lange macht und die Wippe dann kippt, ist man zu erschöpft, um sich gegen den Sturz zu schützen. So ergeht es gerade unseren Ratsuchenden nach zwei Corona-Jahren beim plötzlichen Anstieg der Inflation.“

#### Drohende Schuldenfalle

Vielen Familien fehlen die Rücklagen, die ein Sicherheitspolster verschaffen und die Möglichkeit geben, etwas zu wagen oder auch nur sich und die eigene Familie in Krisenmomenten gut versorgt zu wissen. Das Gleichgewicht zwischen Einnahmen und

Ausgaben muss von ihnen täglich neu ausbalanciert und im Blick gehalten werden. Sobald eine außergewöhnliche Ausgabe hinzukommt, wenn die Waschmaschine kaputtgeht oder das Handy, muss an anderer Stelle gespart werden. Und die Einsparungen sind oft mit existenziellen Einschnitten verbunden: Es wird nur noch das Kinderzimmer richtig geheizt. Oder die Einladung zum Geburtstag wird abgesagt, weil man nicht ohne Geschenk kommen möchte. Das gefährdet die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben, führt in die Isolation, lähmt die Lebensenergie. Außerdem wächst die Gefahr, in die Schuldenfalle zu geraten, weil Kredite nicht mehr bedient werden können. Diese Zusammenhänge entstehen nicht erst durch die Corona-Pandemie und die Inflation bei Lebensmittel- und Energiepreisen. Aber sie werden dringlicher und sichtbarer. Eine im Dezember 2021 durchgeführte Umfrage unter knapp 300 Beraterinnen und Beratern aus der Schuldnerberatung, der Allgemeinen Sozialberatung und der Migrationsberatung in der Caritas hat die Problemlagen bereits deutlich beschrieben: Es bestätigten 88 Prozent der Befragten, dass die SGB-II-Leistungsempfänger, die die Beratungsstellen konsultieren, Energieschulden haben, 77 Prozent, dass Energieschulden auch andere Ratsuchende (Wohngeld- oder Kinderzuschlagsberechtigte) betreffen. Die Energieschulden sind die Spitze des Eisberges. Viele Familien waren in zwei Pandemie-Jahren im Dauerstress – Homeoffice und Homeschooling und auch die furchtbare Erfahrung, die Oma im Altenheim über Wochen nicht mehr besuchen zu dürfen, verdichteten sich zu einem Probleberg. Das alles zehrte an den Kräften. Oftmals waren Frauen besonders betroffen; sie steckten beruflich zurück, um das Wippe-Management für die Familie zu bewältigen.

### **Heimliche Kostentreiber**

Die Studienergebnisse von Jutta Allmendinger und anderen<sup>2</sup> werden in unserer Beratungspraxis bestätigt. Eine Familie mit drei Kindern war über die Corona-Zeit viel zu Hause; beide Eltern im Homeoffice, alle Kinder im Homeschooling. Neue Laptops wurden von den Großeltern als Weihnachts- und Geburtstagsgeschenke finanziert, der Internetvertrag aber schlug mit monatlichen Mehrkosten von dreißig Euro zu Buche. Dazu kamen die Nachzahlungen: für den Strom 600 Euro, für die Heizung sind 300 Euro fällig. Die Abschlagszahlungen erhöhten sich gleichzeitig. Wenn nun auch die Ausgaben für Lebensmittel der fünfköpfigen Familie steigen, kann man sich die Sorgen vorstellen. Und wir wissen, dass Menschen mit niedrigen Einkommen häufiger in unsanierten Wohnungen leben und teurere Heizanlagen wie Nachtspeicheröfen, Öl- und Gasheizungen sowie ältere Geräte mit hohem Stromverbrauch nutzen. All das katapultiert die Kosten auf schwindelerregende Höhen. Eine Belastung kommt zur anderen. Wer sich um die schulische Zukunft seines Kindes sorgt, wem im Lockdown die Aufträge wegbrechen, die in der Solo-Selbstständigkeit fest eingeplant waren, wer hört, dass etwa der Arbeitgeber wegen Lieferengpässen bei wichtigen Vorprodukten aus China mit der Insolvenz kämpft, wird es noch schwerer haben, auf der Wippe in Balance zu bleiben. Besonders belastet sind momentan Familien mit einem relativ niedrigen Familieneinkommen, die Kredite bedienen müssen und zum Teil mit großen Nachforderungen bei den Mietnebenkosten rechnen. Auch Rentnerinnen und Rentner mit Altersbezügen an der Grundsicherungsgrenze sind stark betroffen.

Bisher betragen die Ausgaben für Wärme im unteren Einkommensdezil sechs Prozent; bei einer Verdoppelung der Kosten würde der Anteil auf zwölf Prozent des Einkommens anwachsen – Ausgabensteigerungen, die für diese Haushalte nicht zu bewältigen sind. Bereits im Jahr 2020 gab es nach Angaben der Bundesnetzagentur 230.000 Stromsperrern. 24.000 Haushalten wurde das Gas abgestellt. Wir gehen davon aus, dass sich die Zahl der Familien und Haushalte, die ihre Energierechnungen nicht mehr bezahlen können, gegenüber 2020 um mindestens dreißig Prozent erhöht hat. Die Corona-bedingte Aussetzung der Sperren muss aus Sicht des Caritasverbandes mindestens für Schwangere und Familien unbedingt weitergeführt werden.

### **Hilfsprogramme scheitern im Praxischeck**

„In 28 Jahren in der Schwangerschaftsberatung habe ich noch nie so viele Familien gleichzeitig erlebt, die vom sozialen Netz zu spät aufgefangen werden“, berichtete eine Mitarbeiterin. Es sind die üblichen Rückmeldefristen, die aufgrund der vielen Belastungen nicht eingehalten werden könnten. Die schlechte Erreichbarkeit zahlreicher Ämter, gerade der Jobcenter, über die lange Pandemiezeit ist ein großes Thema. Gesetzlich auf den Weg gebrachte Hilfeleistungen blieben so unausgeschöpft.

Wer politisch wirksam helfen will, muss beim Schnüren von Hilfspaketen darauf achten, dass die Maßnahmen umsetzbar sind. Die jüngsten Entlastungspakete, die die Bundesregierung kürzlich beschlossen hat, bestehen den Praxischeck nur ungenügend. Zu viele Ad-hoc-Maßnahmen, kaum überschaubar. Zwar könnte das Neun-Euro-Ticket Familien helfen, auf den öffentlichen Nahverkehr umzusteigen. Doch wenn es keinen Bus gibt, der nachmittags zum Sportzentrum fährt, muss das Mama-Taxi genutzt werden, um die Kinder zum Fußballtraining zu fahren. Auch die Laufzeit von drei Monaten über die Sommerferienzeit führt dazu, dass ein nachhaltiger Umstieg vom spritfressenden Auto auf den Nahverkehr nicht gelingt. In Verbindung mit den anderen Elementen der Entlastungspakete ergibt sich eine wilde Zusammenstellung mit unterschiedlicher Geltungszeit – vom Einmalbonus zum Kindergeld über den Heizkostenzuschuss für Wohngeldbezieher bis hin zur Energiepauschale. Hier fehlen die innere Logik und Niedrigschwelligkeit, die soziale Gerechtigkeit und Klimaschutz vereinen könnten. Auch die in Aussicht gestellten zinsgünstigen Kredite helfen nicht. Weitere Schulden würden nur den Balanceakt auf der Wippe verlängern. Zusammen mit anderen Wohlfahrtsverbänden fordert die Caritas eine zielgenaue Gestaltung der Programme, die auf einkommensarme Haushalte verstärkt ausgerichtet werden müssen.

Für Empfängerinnen und Empfänger von SGB II-Leistungen werden Miete und Heizkosten weitgehend vom Jobcenter getragen. Der Anteil für Strom im Regelbedarf der Grundsicherung ist jedoch deutlich zu niedrig bemessen und müsste sich am tatsächlichen Verbrauch der Grundsicherungsempfänger orientieren. Die geplante Erhöhung des Regelbedarfs zum 1. Januar 2023 kommt zu spät. Und die Verdopplung der Einmalzahlung auf insgesamt 200 Euro im Rahmen des zweiten Entlastungspakets des Bundes ändert nichts an der grundsätzlichen Kritik, dass eine Einmalzahlung bei nachhaltig steigenden Kosten nicht wirklich hilft und eine zeitnahe Anpassung der Regelbedarfe nicht ersetzen kann.<sup>3</sup>

Familien und Menschen mit besonderem Hilfebedarf sind durch die Kostensteigerungen bei Lebensmitteln und Energie nicht nur direkt, sondern auch indirekt betroffen, denn auch die Dienste und Einrichtungen, auf deren Angebot Pflegebedürftige, Alte und Kranke angewiesen sind, müssen mit den steigenden Kosten zurechtkommen, die perspektivisch mindestens teilweise an die Klientinnen und Klienten weitergegeben werden.

### **Feuerwehr des Sozialen**

Die ambulante Pflege leidet besonders unter den gestiegenen Spritpreisen. In Münster beispielsweise lagen die Ausgaben für Treibstoffe in der ambulanten Pflege der Caritas 2021 bei 25.000 Euro, bei einem Durchschnittspreis von 1,58 Euro pro Liter. Wenn der Liter Benzin jetzt 2,20 Euro kostet, steigen die Ausgaben auf 37.000 Euro. Pro Fahrzeug und Monat bedeutet das Mehrkosten von 110 Euro aufwärts. Besonders in den ländlichen Gegenden, wo die privaten Anbieter längst die nicht lukrativen Touren den gemeinnützigen Anbietern überlassen, müssen wir darauf achten, dass das soziale Netz durch die Inflation nicht Schaden nimmt.

Die soziale Infrastruktur, das ist in der Corona-Zeit deutlich geworden, ist die Feuerwehr des Sozialen. Es bedarf in einem resilienten Sozialstaat nicht nur der Transferzahlungen für vulnerable Gruppen, die auskömmlich bemessen sein müssen, sondern es bedarf der Unterstützung, der Empowerment-Strukturen, die beim Balance-Akt auf der Wippe wirksam helfen. Für viele Menschen, die mit Kurzarbeit, Arbeitsplatzverlust und dramatischen Einkommensverlusten zu kämpfen haben, sind das die Angebote der Schuldnerberatung. Damit deren unterstützende Wirkung auch präventiv ankommen kann, fordern Caritas und Diakonie, den bisher begrenzten Zugang zur kostenlosen, gemeinnützigen Schuldnerberatung auszuweiten. Es ist nicht nachvollziehbar, dass es einen Rechtsanspruch auf eine kostenlose Schuldnerberatung erst dann gibt, wenn Menschen keinen Job mehr haben. Im Bereich der Energiepreise gibt es die kostenlose Energie- und Wassersparberatung „Stromsparcheck“ des Deutschen Caritasverbandes<sup>4</sup> für Bezieher von Sozialleistungen. Die „Stromsparcheck“-Mitarbeitenden, selbst Sozialleistungsempfänger, sind besonders glaubwürdige Ratgeber, wenn sie in den Wohnungen der Ratsuchenden die Stromfresser aufspüren.

Jeder beratene Haushalt spart durchschnittlich jährlich 188 Euro, indem er den Kühlschrank aus der Sonne in die Schattenecke der Küche rückt, LED-Lampen einsetzt oder bezuschusst eine energiesparende Waschmaschine erwirbt. Aber auch für die Kostenträger der Einkommenstransfers, für Bund und Kommune liegen die Einsparungen pro Stromsparcheck bei 146 respektive 110 Euro pro Jahr. Es hat zur langjährig fortgesetzten Förderung dieses Programms wesentlich beigetragen, dass die Gewinne der Check-Tipps auf individuelle und öffentliche Einsparungen klug verteilt wurden, sodass eine echte Win-win-Situation entstand. Dennoch ist bis heute die nachhaltige Finanzierung des Programms nicht sichergestellt. Es sind mehr solcher nachhaltiger, Klimaschutz und soziale Gerechtigkeit versöhnender Angebote notwendig, um auf die Herausforderungen zu reagieren, die sich aktuell in den steigenden Preisen von Lebensmitteln und Energie widerspiegeln. Und es lohnt die Anstrengung, denn es ist nicht damit zu rechnen, dass die Entwicklung der Preise bald gestoppt wird. „Putin setzt auf Hunger“<sup>5</sup> – die gezielte Verknappung von Weizen- und

Gaslieferungen ist Teil einer geopolitisch ausgerichteten Kriegsführung, die am Ende die Armen in den Ländern des Südens noch unvergleichlich härter trifft als die Armen in Deutschland und Europa.

Not sehen und handeln: #DasMachenWirGemeinsam – dieser Anspruch gilt heute mehr denn je der Verschränkung von nationaler und internationaler Solidarität. Dem Balancieren mit erhöhtem Risiko, das den vulnerablen Gruppen zugemutet wird, können wir nicht einfach zuschauen. Die auf der Wippe brauchen die ausgestreckte Hand. Als Sturzprophylaxe.

---

<sup>1</sup> Einkommensärmere Haushalte wenden einen höheren Anteil ihres Einkommens für Wohnkosten wie auch für andere Bestandteile des Grundbedarfs auf: „Im Jahr 2018 wandte das Fünftel der Bevölkerung mit den niedrigsten Einkommen 35,4 Prozent seines verfügbaren Einkommens, und damit deutlich mehr als der Durchschnitt, für Wohnkosten auf.“, vgl. 6. Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung, Berlin 2021, S. 316, [www.armuts-und-reichtumsbericht.de/DE/Startseite/start.html](http://www.armuts-und-reichtumsbericht.de/DE/Startseite/start.html) [letzter Zugriff: 24.05.2022].

<sup>2</sup> Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung: Die Auswirkungen von COVID-19 auf die wirtschaftliche und soziale Situation von Frauen in Berlin, Studie für den Zeitraum 01.11.2020–31.10.2021, <https://wzb.eu/de/forschung/dynamiken-sozialer-ungleichheiten/arbeits-und-fuersorge/projekte/die-auswirkungen-von-covid-19-auf-die-wirtschaftliche-und-soziale-situation-von-frauen-in-berlin> [letzter Zugriff: 24.05.2022].

<sup>3</sup> Die Vorschläge der Caritas für Maßnahmenpakete zur Linderung von Energiearmut können unserer Stellungnahme vom 07.06.2022 entnommen werden, [www.caritas.de/fuerprofis/stellungnahmen/06-07-2022-energiearmut-verhindern-aber-wie-zehn-vorschlaege](http://www.caritas.de/fuerprofis/stellungnahmen/06-07-2022-energiearmut-verhindern-aber-wie-zehn-vorschlaege) [letzter Zugriff: 09.06.2022].

<sup>4</sup> Stromspar-Check – ein Verbundprojekt von Caritas und des Bundesverbandes der Energie- und Klimaschutzagenturen Deutschlands e.V., [www.stromspar-check.de](http://www.stromspar-check.de) [letzter Zugriff: 24.05.2022].

<sup>5</sup> Friedrich Schmidt: „Putin setzt auf Hunger“, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 20.05.2022, [www.faz.net/aktuell/politik/ausland/ukrainekrieg-wie-russland-die-getreidekrise-fuer-seinezwecke-nutzt-18047690.html](http://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/ukrainekrieg-wie-russland-die-getreidekrise-fuer-seinezwecke-nutzt-18047690.html) [letzter Zugriff: 24.05.2022].